

STRAFVOLLZUG

Peinliche Finanzdebatte

Unter Rechtspolitikern ist ein Streit ausgebrochen, ob Justizopfer angemessen entschädigt werden. Seit 1987 gilt: Wer zu Unrecht inhaftiert war, erhält elf Euro Schmerzensgeld pro Hafttag. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) hat sich für eine „entscheidende“ Anhebung des Betrags um mehr als den Inflationsausgleich starkgemacht. Das bedeutet einen Satz von mindestens 17 Euro. Berlins Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) plädiert sogar für 100 Euro pro Tag. Bisher haben sich jedoch nur einige Bundesländer wie Hamburg, Baden-Württemberg und Berlin deutlich für eine Anhebung ausgesprochen; die meisten anderen warnen vor den Kosten.



MICHAEL H. EBNER

Zypries

Eine Anpassung, heißt es etwa in einem internen Schreiben aus dem Justizressort in Bremen, halte man „grundsätzlich für überlegenswert“, sie sei aber „angesichts der angespannten Haushaltslage wohl kaum durchsetzbar“. Auch im Saarland ist man zurückhaltend, zumal „die Zahl der entschädigungspflichtigen Hafttage in den vergangenen Jahren angestiegen ist“. Der grüne Bundestagsabgeordnete Volker Beck mahnt in einer Schriftlichen Frage an die Bundesregierung jetzt Eile an, schließlich sei „eine Freiheitsentziehung, die zu Unrecht erfolgt ist, ein schwerwiegender Grundrechtseingriff“. Auch Rechtsanwälte – wie Ulrich Schel-



HARTMUT SCHWARZBACH / ARGUS

Häftlinge (in der Justizvollzugsanstalt Bremen)

lenberg vom Deutschen Anwaltverein – würden die „peinliche“ Finanzdebatte am liebsten schnell beendet sehen. Sie verweisen auf Österreich, wo ein „angemessenes“ Schmerzensgeld schon seit Jahren gezahlt wird. Es liegt in der Regel bei über hundert Euro pro Tag. Befeuert wird die Diskussion durch den Fall der Arzthelferin Monika de Montgazon, die zu Unrecht zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Für ihre Haftzeit von fast zweieinhalb Jahren wird sie mit nur knapp 10 000 Euro entschädigt, den Ausgleich ihrer Vermögensverluste muss sie gesondert einfordern. Fälle wie dieser sind keine Seltenheit. Das Land Berlin etwa zahlte im vergangenen Jahr insgesamt rund 95 000 Euro Schmerzensgeld, Hamburg rund 45 000 Euro.

SPD

Neuer Job für Müntefering?

In der SPD gibt es Gerangel um die Besetzung des Chefpostens bei der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine weitere Amtszeit der seit 2003 amtierenden Stiftungschefin Anke Fuchs,



L. JOHANNSEN / PHOTOHER.NET

Müntefering, Thierse

71, stößt bei Genossen in der Parteiführung auf Unbehagen. Der früheren Bundestagsabgeordneten wird vorgeworfen, die Stiftung mit zu wenig Schwung zu führen. Als Alternativkandidat für die Wahl im Dezember wird von SPD-Linken der frühere Vizekanzler Franz Müntefering, 68, ins Gespräch gebracht, wohl auch mit dem Hintergedanken, so ein Comeback des Altgenossen auf wichtigeren Positionen in der Parteiführung zu verhindern. Auch Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, 64, wird als Kandidat genannt. Er hat intern bereits Interesse bekundet.

BILDUNG

Linke Universität

Die Universität Siegen ist eine fragwürdige Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eingegangen, die der Partei Die Linke eng verbunden ist. Zur Koordinierung eines Promotionskollegs, das die Stiftung an der Universität einrichtet, hat die Hochschule einen wissenschaftlichen Mitarbeiter gesucht. Dieser muss freilich die richtige Weltanschauung haben: Bewerber sollten sich „den Zielen der Stiftung verbunden fühlen“, hieß es in der Stellenausschreibung der Universität. Wer an dem Kolleg teilnehmen will, muss sich bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung bewerben. Eine Promotionszulassung an der Universität Siegen oder den Partner-Hochschulen Jena oder Bielefeld erfolge „im Zusammenhang mit der Aufnahme ins Kolleg“, so die Stiftung. Nachfragen des SPIEGEL zu der Kooperation ließ die Universität in der vergangenen Woche unbeantwortet. Das Thema des Promotionskollegs lautet: „Demokratie und Kapitalismus“.

AFGHANISTAN

Aufbauhilfe in der Kritik

Nur schleppend kommt die deutsche Aufbauhilfe für Afghanistan voran. Von den 70 Millionen Euro, die das Entwicklungshilfeministerium (BMZ) im vergangenen Jahr zur Verfügung hatte, seien mehr als 20 Millionen nicht ausgegeben worden, rügt der Grünen-Haushaltsexperte Alexander Bonde. Die Regierung beschwöre zwar immerzu die Dringlichkeit des Wiederaufbaus, aber es falle ihr offenkundig schwer, die verfügbaren Gelder „rasch in konkrete Projekte umzusetzen“. Auch in diesem Jahr flössen die Gelder wieder nur langsam ab. Zur Jahresmitte habe das BMZ erst ein Drittel der für 2008 verfügbaren



PRILLA BRONSTEIN / GETTY IMAGES

Afghanische Flüchtlinge

70 Millionen Euro aufgebraucht. Ursache seien offenbar „zähe bürokratische Abläufe“ in Deutschland, so der Grüne, „denn an Hilfsbedürftigkeit herrscht in Afghanistan gewiss kein Mangel“.